Resolution

Stadtrat der Neustadt an der Weinstraße

Weitergabe der Bundesmittel an die Kommunen und Spitzabrechnung der kommunalen Kosten der Flüchtlingshilfe

Am 24. September 2015 haben sich Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Ministerpräsidenten der Länder auf eine Reihe von Maßnahmen zur Asyl- und Flüchtlingspolitik verständigt. Diese Einigung von Bund und Ländern für zusätzliche Hilfen des Bundes zur Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge soll auch den Kommunen in Rheinland-Pfalz helfen.

Beschlossen wurde eine zusätzliche Hilfe des Bundes zur Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge in Höhe 1 Milliarde Euro noch im Jahre 2015 und von zunächst rund 3 Milliarden Euro in Form einer Fallkostenpauschale von 670 Euro für jeden Asylbewerber, der sich am 1.1.2016 im Verfahren befindet. Der Bund leistet zudem einen Beitrag zur Finanzierung der Kosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Höhe von 350 Millionen Euro.

Ca. 130 Millionen Euro kommen an Bundesmitteln in Rheinland-Pfalz an. Die zusätzlichen 670 Euro je Asylbewerber würden zusammen mit der Landespauschale von 513 Euro die Aufwendungen der Kommunen während des Asylverfahrens einigermaßen decken. Unabhängig davon steht für die Kommunen natürlich auch noch die Kostenfrage im Zusammenhang mit den späteren Integrationsmaßnahmen im Raum.

In einem ersten Gespräch mit den Vertretern der Kommunalen Spitzenverbände hat die Landesregierung jedoch klar gemacht, dass sie zwar die Bundesgelder weiterleiten will, dafür aber im Gegenzug die Landespauschale einbehält. Dies bedeutet, dass das Land den Kommunen von den 670 Euro Bundesgeld faktisch nur 157 Euro weitergeben und 513 Euro im Landeshaushalt einstreichen will.

Der Stadtrat von Neustadt an der Weinstraße fordert die Landesregierung auf, die Bundes- und Landesgelder ungekürzt weiterzuleiten und mit den Kommunen am Jahresende spitz abzurechnen, damit das Land die tatsächlichen Kosten für Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge zu 100 Prozent erstattet.